

ALLIGATOR



Rundbrief der GRÜNEN LIGA e.V.

08/ 11 22. Jahrgang

09/ 11

Tropenwald auf dem Grill.....	2
ALLIGATOR-Intro.....	2
Alternativer Geschäftsbericht der DB.....	3
Halbjahrestreffen der GL.....	4
Projektvorstellung Rauchschnalbe.....	5
Landwirtschaft und Klimaschutz.....	6
Interview mit Barbara Nitsche.....	8
Planungsrecht und Bürgerbeteiligung.....	10
Klage gegen Baumfällung.....	12
Fluglärmbelästigung.....	13
Buchtipp.....	14
Dies & Das.....	15
Adressen.....	16

Tropenwald auf dem Grill?

Wie der Verbraucher beim Grillkohle-Kauf verkohlt wird

Titel: aufgenommen
von Hendrik Nölle,
pixelio.de

Es ist Hochsommer, zumindest, wenn man dem Kalender Glauben schenkt. Doch ob bei Hitze oder lauwarmen Temperaturen – in den Sommermonaten wird in Deutschland viel gegrillt – ob auf dem Balkon, im Garten oder Park, ob Fleisch oder Tofuwürstchen.

Über das, was gegrillt wird, wurde von Umweltverbänden und Tierrechtsorganisationen bereits viel diskutiert. Doch das, was die Basis des Grillens darstellt, die Grillkohle, ist weitaus seltener Thema der Debatten. Immerhin stellen die Elektrogrills mittlerweile eine umweltfreundlichere Alternative zum Kohle-Grill dar. Durch diese wird weitaus weniger CO₂ freigesetzt und es müssen weniger Transportwege zurückgelegt werden. Aus Umweltaspekten ist lediglich der Stromverbrauch, die einmalige Gewinnung der Rohmaterialien zur Herstellung des Elektrogrills sowie deren Entsorgung zu bemängeln. Doch eine wahre Konkurrenz stellt der Elektrogrill für den Kohlegrill nicht dar. Die meisten Menschen denken beim Thema Grillen noch immer an glühende Kohlen und einen Grillplatz, der über keine Steckdose verfügen muss. Hierfür sprechen auch die folgenden Zahlen: allein in Deutschland werden jährlich circa 180 000 Tonnen Holzkohle und Holzkohlebriketts zum Grillen gekauft.

Doch woher kommt die Grillkohle eigentlich? Der Verein „Rettet den Regenwald e.V.“ hat in diesem Jahr schon zum Beginn der Grillsaison zu einer Protestaktion aufgerufen, da

Holzkohle laut Information der Organisation nicht nur eine CO₂-Quelle sondern auch ein wahrer Regenwald-Killer sein kann, wenn man nicht auf die Herkunft der Kohle achtet.

Die Holzkohle in unseren Bau- und Supermärkten stammt laut der Umweltschutzorganisation nur zu einem sehr kleinen Teil aus heimischer Produktion. Sie wird fast ausschließlich aus den Tropen und Subtropen sowie aus Osteuropa importiert und in Deutschland lediglich abgefüllt. In einer Untersuchung des Fraunhofer-Institutes für Holzforschung stammten zehn von 16 importierten Holzkohlesorten aus tropischen Regionen. Von den vielen Tonnen Holzkohle, die die Deutschen in einem Sommer zum Grillen nutzen, stammen nur circa zwei Prozent aus heimischen Wäldern.

Die Packungen geben nur selten Aufschluss darüber, woher die Kohleprodukte tatsächlich stammen. Paraguay gilt seit Jahren als einer der Hauptlieferanten von Grillkohle. Als weitere Lieferanten gelten Argentinien, Nigeria, Indonesien und Namibia. Lediglich ein Viertel der gekauften Holzkohle stammt aus europäischer Produktion, vor allem aus Polen und der Ukraine.

Was das FSC-Siegel angeht, gehen die Meinungen auseinander. Zwar gilt das Forest Stewardship Council (FSC) als eine unabhängige, gemeinnützige Nicht-Regierungs-Organisation, die garantieren soll, dass für zertifizierte

Holzprodukte keine Tropenwälder gerodet wurden und die Produkte aus einer nachhaltigen Forstwirtschaft stammen, aber laut ÖKO-Test stellt auch die Werbung mit dem FSC-Siegel keine Sicherheit dar, denn im Labor konnte trotzdem Tropenholz nachgewiesen werden, und die Anbieter konnten im Nachhinein keine FSC-Nachweise vorlegen, was nahe legt, dass das Siegel missbraucht wurde und in Wirklichkeit nicht auf eine nachhaltige Forstwirtschaft geachtet wurde.

Wie ÖKO-Test schon im Mai 2009 herausfand, bietet auch die Aufschrift „Kein Tropenholz“ leider keine Garantie dafür, dass nur unbedenkliche Hölzer zur Herstellung der Kohle verwendet wurden. Die Laboranalyse, welche die ÖKO-TEST Verlag GmbH durchführen ließ, ergab zwar, dass bei der „Alsimac Superglut Grill-Holzkohle“, der „Golden Grill Grill-Holzkohle Premium Qualität“ sowie der „Sommer Hit Buchen Grill Holzkohle“ tatsächlich heimisches Holz, nämlich das der Buche, enthalten war. Die anderen getesteten Holzkohleanbieter, die mit der Aufschrift „Kein Tropenholz“ warben, hatten für die Herstellung der Holzkohle aber Laubholz aus tropischen oder subtropischen Regionen verwendet. Die Anbieter der „Max Grill & Barbecue Premium Holzkohle“ und der „K-Classic Grill-Holzkohle“ erklärten und belegten gegenüber ÖKO-Test immerhin, dass sie für ihren Produkte neben heimischen Hölzern ausschließlich solche aus FSC-zertifizierten Quellen verwendeten.

ALLIGATOR-Intro



Liebe Leserinnen und Leser,

während wir uns beklagen, dass dieser Sommer eher nass und kalt statt heiß und trocken ist, stirbt in Somalia alle sechs Minuten ein Kind an den Folgen der Hitze und Trockenheit: Die Menschen dort bekommen die volle Macht der Natur zu spüren und abgesehen von der Möglichkeit zu Spenden, sind uns die Hände gebunden – zusammen mit den Nachrichten aus Oslo lässt einen das Geschehen der Welt einmal mehr mit einem Gefühl der Ohnmacht zurück.

Der Alligator bleibt mit dieser Ausgabe in den deutschen Gefilden. Es geht weniger um große Katastrophen und mehr um kleine Chancen, wie Bürgerbegehren, neue Mitgliedschaften und ein Umdenken beim Lieblings-Sommer-Hobby der Deutschen: dem Grillen. Viel Spaß bei der Lektüre.

// Anke Siegert, Redaktion Alligator

Impressum

Herausgeber
GRÜNE LIGA e.V.
Netzwerk ökologischer Bewegungen

Anschrift
GRÜNE LIGA e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030/2044745, Fax: 030/2044468
alligator@grueneliga.de
V.I.S.D.P.: Dr. Torsten Ehrke

Redaktion
Anke Siegert

Layout
Rieke Lanser

Fotos: namentlich gekennzeichnet,
sonst ALLIGATOR-Archiv

Jahresabo
18,- EUR, Förderabo 25,- EUR
Für Mitglieder der GRÜNEN LIGA im
Mitgliedsbeitrag enthalten.

Auflage
1.100

Spendenkonto
80 25 67 69 00

GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 609 67
(Kennwort: ALLIGATOR)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.

Die Behauptung, kein Tropenholz zu verwenden ist insofern nicht ganz erlogen, als dass die meisten Verbraucher beim Begriff „Tropenholz“ vor allem an die Baumriesen der tropischen Regenwälder denken. Diese konnten tatsächlich nicht in den Analysen nachgewiesen werden. Dieser „glückliche“ Umstand liegt aber weniger an der Gutmütigkeit der Holzkohleproduzenten und -anbieter, als viel mehr daran, dass die Bäume der tropischen Wälder aus ökonomischer Sicht zu wertvoll für die Verarbeitung zu Grillkohle sind. Die Hölzer stammen stattdessen aus weniger hoch und dicht bewachsenen Regionen der Tropen und Subtropen. Hier werden zur Gewinnung des Holzes aber ebenfalls große Landstriche und damit viele artenreiche und gefährdete Urwälder und Landschaften vernichtet. Problematisch ist natürlich auch nicht nur Holz der Tropen und Subtropen. Auch andere Regionen, die noch über intakte Urwälder verfügen, sollten gemieden werden. Leider wird aber ebenfalls Kohle, die zum Beispiel russi-

schen Urwäldern entstammt, in unseren Märkten angeboten.

Ein anderer Aspekt, den man beachten sollte ist, dass nicht jede Grillkohle aus Holz besteht. Besonders wenn nur „Grillkohle“ und „Grillbriketts“ auf der Packung steht, kann sich dahinter ein Produkt auf Braunkohlebasis verbergen. Die Anbieter wählen diese Bezeichnung, um den Verbraucher in die Irre zu führen. Dieses Vorgehen erinnert unweigerlich an die Analog-Käse-Diskussion aus dem Jahr 2009. Man schreibe einfach „Pizza-Belag“ statt „Pizza-Käse“ und schon braucht das Produkt keinen echten Käse mehr zu enthalten, obwohl der Käufer genau diesen in dem Erzeugnis erwartet. Bei der Kohle gilt wohl leider das gleiche Prinzip.

Dass diese Ware kein Holz enthält, kann der erfahrene Grillmeister daran erkennen, dass die holzfreie Grillkohle schwerer anbrennt, anders riecht und nach dem Abbrennen eine bräunlichgelbe statt weiße Asche zurückbleibt.

Die Produkte auf Braunkohlebasis sind häufig günstiger als die Holzprodukte. Die Braunkohlebriketts werden mittlerweile vermehrt als Grillgut angeboten, da es immer weniger Wohnungen mit Kohleöfen gibt.

Abschließend bleibt also festzuhalten, dass man beim Kauf von Grillkohle unbedingt auf Holzkohle aus heimischen Hölzern zurückgreifen sollte. Am besten eignet sich hierzu Buchen- und Eichenholz. Wenn keine klaren Bezeichnungen oder vertrauenswürdige Siegel auf der Packung zu finden sind, sollte man den Grillabend vielleicht noch einmal überdenken. Oder eben doch auf den Elektrogrill zurückgreifen, dann ist in der Regel auch ein Dach zum Unterstellen in der Nähe, für den Fall, dass der Sommer mal wieder mehr Regen als Sonne mit sich bringt.

// Anke Siegert

Alternativer Geschäftsbericht zur Bilanz der Deutschen Bahn AG

Aus Anlass des Stresstestes für das Milliardenprojekt Stuttgart 21, der am 14. Juli 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, gab das Bündnis „Bahn für Alle“ gemeinsam mit den Verkehrspolitikern/innen Anton Hofreiter, Bündnis 90/Die Grünen, und Sabine Leidig, Die Linke, den Alternativen Geschäftsbericht der Deutschen Bahn für das Geschäftsjahr 2010 heraus.

„Der Stresstest in Stuttgart ist eine Weichenstellung für zukünftige Bahnpolitik“, sagt Monika Lege, Robin Wood-Verkehrsreferentin, für das Bündnis „Bahn für Alle“. „Wir brauchen einen Kurswechsel. Milliarden für die Schiene dürfen nicht für einen Prestigebau ohne verkehrlichen Nutzen verpulvert werden.“

Den größten vorhersehbaren Schaden von S 21 sieht „Bahn für Alle“ darin, dass der Tiefbahnhof einen integralen Taktfahrplan für immer verhindern würde. Statt nach der optimalen Verknüpfung

der Züge im Nah- und Fernverkehr richtet sich der im Stresstest benutzte Fahrplan danach, wann gerade ein Gleis frei ist, um als Ziel, eine möglichst hohe Zahl von Zügen durch den Bahnhof zu schleusen, zu erreichen. „Dass Züge sinnvoll sind, wenn sie auch von Fahrgästen benutzt werden können, ignoriert die Bahn im Stresstest“, sagt Monika Lege.

Der 64 Seiten starke Alternative Geschäftsbericht fragt dagegen, welchen Nutzen die Bahn im letzten Jahr für die Mobilität bundesweit im Personen- und Güterverkehr gebracht hat.

Diese Bilanz sieht nicht gut aus. Den hoch subventionierten Nahverkehr nutzt die Deutsche Bahn zur Querfinanzierung anderer Unternehmensaktivitäten. „Obwohl der Nahverkehr nur ein Fünftel der Umsätze der Deutschen Bahn AG ausmacht, werden damit ein Drittel der sogenannten

Gewinne gemacht“, streicht Bernhard Knierim vom Bündnis „Bahn für Alle“ heraus. Diese werden an die Holding abgeführt.

Umgekehrt ist die Relation im internationalen Logistik-Geschäft: Hier werden bei 41 Prozent der Umsätze gerade mal vierzehn Prozent des ausgewiesenen Gewinns realisiert. „Die Deutsche Bahn hat sich den 2,7 Milliarden Euro schweren Aufkauf von Ariva im letzten Jahr mit Steuermitteln abfedern lassen“, kritisiert Knierim.

Der „Deutsche Bahn – Alternativer Geschäftsbericht 2010“ zeigt auf, wie das Kerngeschäft kaputt gespart wird und skizziert einen Fahrplan für eine bürgernahe bessere Bahn. Er ist als Lunapark21-Sonderheft im Bahnhofsbuchhandel sowie unter www.robinwood.de/shop/kategorie/infomaterial für vier Euro erhältlich.

// Bündnis „Bahn für Alle“

Die GRÜNE LIGA ist seit Anfang des Jahres Trägerverein des Bündnis „Bahn für Alle“.

Einladung zum Halbjahrestreffen der GRÜNEN LIGA am 23. – 24. September 2011 in Berlin

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Grünligistinnen und Grünligisten,

2011 gibt es wieder ein Halbjahrestreffen unseres Netzwerkes ökologischer Bewegungen. Nach einundzwanzig erfolgreichen Jahren ist eine Standortbestimmung und Diskussion über die Zukunft angebracht, die ohne den Entscheidungsdruck einer Mitgliederversammlung erfolgen sollte. Wir möchten mit Euch sowohl darüber dis-

kutieren, was an unserem Netzwerk unbedingt beibehalten werden soll, als auch wo uns vielleicht der Schuh drückt und Veränderungen nötig sind. Wie werden wir bundespolitisch wirksamer? Wie beziehen wir Einzelmitglieder stärker ein? Wie verbessern wir Finanzierung und Nachwuchsarbeit? Wie können unsere Bundeskontaktstellen, Sprecherräte und das Netzwerk insgesamt vitaler werden? Um über all das ins Gespräch zu kommen, hat der

Bundessprecherrat ein Programm entworfen, bei dem nach einigen kurzen Inputs viel Raum zur Diskussion eingeplant ist. Damit auch der inhaltliche Austausch nicht zu kurz kommt, haben wir für Freitag einen öffentlichen Vortrag angesetzt.

// René Schuster,
Vorstandsmitglied
der GRÜNEN LIGA e.V.

Freitag, 23. September 2011, 19.30 Uhr Restaurant Merhaba, Greifswalder Str. 4

„Gemeingüter – ein anderes Betriebssystem für unsere Gesellschaft?“

Vortrag und Diskussion mit Brigitte Kratzwald, Graz
Zum Einlesen: Grundgedanken auf www.commonsonline.at

Sonnabend, 24. September 2011, 10 – 17 Uhr Beratungsraum (VH, 2. OG) Greifswalder Str. 4

- Wie wir wurden, was wir sind – Selbstverständnis und Philosophie der GRÜNEN LIGA**
Katrin Kusche, Bundesgeschäftsführerin
- Wie machen es die anderen?**
GRÜNE LIGA - Aktive erklären, warum sie gleichzeitig in anderen Verbänden mitarbeiten.
- Schlaglichter aus der GRÜNE LIGA**
Die jeweilige Sicht auf das Netzwerk stellen dar:
 - der Landesverband Berlin
 - eine Bundeskontaktstelle
 - eine Mitgliedsgruppe des Bundesverbandes
 - eine Mitgliedsgruppe im LV Brandenburg
 - ein Einzelmitglied im Bundesverband
- Die Sicht von außen – die GRÜNE LIGA als Partner im DNR**
Helmut Röscheisen, Deutscher Naturschutzring
- Diskussion: Wie wünschen wir uns die GRÜNE LIGA in fünf Jahren?**
Moderation: Torsten Ehrke, Barbara Nitsche
- Denkanstöße zu Struktur und Satzung**
Torsten Ehrke, Bundesvorsitzender
- Diskussion und Festlegungen zum weiteren Arbeitsprozess**

Anmeldung:

Wir bitten Euch, Euer Kommen bis zum 1. September bei der Bundesgeschäftsstelle anzumelden, damit wir die Verpflegung planen können.

Anreise:

Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin.

Vom Bahnhof Alexanderplatz: Straßenbahn M4 Richtung Zingster Straße bis Haltestelle „Am Friedrichshain“.

Übernachtung:

Wir vermitteln gern Kontakte zu privaten Unterkünften bei Umweltbewegten in Berlin. Wer in Berlin zum Halbjahrestreffen Gäste beherbergen kann, meldet sich daher ebenfalls bitte. Zimmer in Hotels oder Pensionen bitten wir selbst zu buchen.

Stichwort Klima-Aktionstag:

Unser Halbjahrestreffen fällt am Sonnabend auf den bundesweiten Klima-Aktionstag. Wir haben uns dennoch für diesen Termin entschieden und werden die Zeit von 10 bis 17 Uhr auch für die Inhalte des Treffens brauchen. Initiativen für eine Klima-Aktion morgens um 9 Uhr oder abends nach dem Treffen würden wir sehr begrüßen!

GRÜNE LIGA Sachsen e.V. / Ökolöwe – Umweltbund Leipzig e.V.

Die Rauchschnalbe braucht Hilfe

Schutz der Rauchschnalbe in Leipzig und am Überwinterungsplatz in Ebbaken in Nigeria

Die Rauchschnalbe – ein kostbares Gut

Der Bestand der Rauchschnalbe ist rückläufig. Man spricht in Mitteldeutschland von einem Bestandsrückgang von 30 Prozent im Vergleich zu den 1970er Jahren. Einen erheblichen Einfluss auf den Rückgang der Rauchschnalbe hat der Mensch. Dazu zählt der Nistplatz- und Nahrungsverlust durch Aufgabe der traditionellen Milch und Fleischviehwirtschaft. Ebenso tragen die intensive Grünlandnutzung mit Überdüngung und Einsatz synthetischer Pflanzenschutzmittel wie auch die Modernisierung von Ställen und anderer dörflicher Strukturen dazu bei. In den Durchzugs- und Überwinterungsgebiete kommt es zudem aus verschiedenen kulturellen Erwägungen häufig noch zum gezielten Fang der Rauchschnalbe zu Nahrungszwecken.

Vorkommen im Leipziger Raum

Die Rauchschnalbe sieht man im städtischen Raum nur noch selten. Sie kommt vornehmlich in ländlichem Gebiet vor. In Leipzig selbst ist sie nur vereinzelt in Vororten anzutreffen. Im Stadt- und Landkreis Leipzig gibt es noch circa 4000 Brutpaare, davon etwa 500 im bebauten Stadtgebiet. Es kommt hier zu Koloniebildungen, wie

zum Beispiel an der Tierklinik und im Zoo Leipzig. Zudem brüten Rauchschnalben auf Einzelgehöften und in Anlagen mit intensiver Tierhaltung.

Die Rauchschnalbe siedelt sich besonders dort an, wo reichlich Nahrung vorhanden ist (Insekten). An Einzelbrutplätzen ist die Anzahl der Brutpaare abhängig vom Umfang der Klein- und Nutztierhaltung. Je mehr Nutztiere gehalten werden, umso höher ist die Zahl der Brutpaare. Intensivanlagen der Tierproduktion weisen hohe Brutdichten der Rauchschnalbe auf.

Schlafplätze und Überwinterung

Vor ihrem Rückzug nach Afrika ins Winterquartier sammeln sich ab Ende Juli junge und alte Rauchschnalben meist zu Hunderten an sogenannten Schlafplätzen. Sie befinden sich oft im Röhricht von Seen und Teichen. Im Leipziger Landkreis existiert ein solcher Schlafplatz im Naturschutzgebiet Eschefelder Teiche bei Frohburg. In Südost-Nigeria befindet sich der größte bekannte Rauchschnalben-Überwinterungsplatz. Dort sammeln sich zwischen Oktober und März jedes Jahres zwei bis sechs Millionen Rauchschnalben.

Leider zählt die Rauchschnalbe für die einheimische Dorfbewölkerung zu einer wichtigen Proteinquelle. Aus uralter Tradition werden jährlich zehntausende Rauchschnalben getötet.

Die italienische Organisation Cibeles Onlus setzt sich dafür ein,



dass der Schwalbenschlafplatz von der einheimischen Bevölkerung akzeptiert wird und die Dorfbewohner keine Schwalben mehr fangen. Die Organisation kümmert sich um die Schaffung alternativer Protein- und Einkommensquellen sowie die Bewusstseinsbildung zum Schutz der Schwalben. Sie möchte in Zukunft an diesem Ort noch mehr zum Schutz der Rauchschnalben tun. Die GRÜNE LIGA Sachsen und viele andere Umweltverbände unterstützen dieses Projekt.

In der Region Leipzig forscht außerdem seit vielen Jahren die GRÜNE LIGA im Kohrener Land, einer landschaftlich sehr schönen Region südlich der Großstadt, an der Rauchschnalbe. Dies passiert in enger Kooperation mit dem Institut für Zoologie II der Universität Leipzig. Der Umweltverband beteiligt sich damit an dem internationalen Projekt „EURING Rauchschnalbe“. Innerhalb dessen untersuchen Wissenschaftler in ganz Europa sowie an Überwinterungsplätzen in Afrika südlich des Äquators die im Rückgang befindliche Vogelart.

// GRÜNE LIGA Sachsen e.V.
Ökolöwe – Umweltbund Leipzig e.V.

Weitere Informationen gibt es im World Wide Web unter www.rauchschnalben.info



Foto: Rauchschnalben als Mahlzeit

Anke Siegert

klima-allianz Arbeitsgruppe „Landwirtschaft und Klimaschutz“

Die GRÜNE LIGA stellt vor

Die meisten Alligator-Leser werden die klima-allianz Deutschland in ihren Grundzügen bereits kennen. Sie wurde im Jahr 2007 gegründet und ist seit her zu einem breiten gesellschaftlichen Bündnis aus mehr als 110 Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Kirche, Jugend, Tierschutz, Verbraucherschutz und Gewerkschaften heran gewachsen. Sie fordert vor allem eins: konsequenten Klimaschutz.

Schwerpunkte der klima-allianz sind politische Lobbyarbeit, das Anstoßen und Organisieren von Debatten zur Energie- und Klimapolitik und gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen, wie zum Beispiel der Alternative Energiegipfel und der weltweite Klima-Aktionstag. Die Anti-Kohle Kampagne der klima-allianz setzt sich gegen den Neubau von klimaschädlichen Kohlekraftwerken ein. Neben diesen Themen gibt es auch eine Arbeitsgruppe „Landwirtschaft und Klimaschutz“, in der sich interessierte Mitgliedsverbände, seit Mai diesen Jahres nun auch die GRÜNE LIGA, einbringen können.

In Bezug auf die Potentiale einer klimaverträglichen Landwirtschaft und Ernährung in Deutschland fordert die klima-allianz die Bundesregierung auf, diese zu nutzen und konkrete Politikmaßnahmen umzusetzen. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die deutschen Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Bis 2050 sind die Emissionen um 80 bis 95 Prozent zu senken. Die Landwirtschaft verantwortet 11 bis 16 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen in Deutschland (je nach Berechnungsgrundlage).

Angesichts dieser Herausforderung und der hohen Relevanz als Emittent muss auch die deutsche Landwirtschaft ihren Beitrag zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen leisten. Da-

für existiert eine Vielzahl bisher ungenutzter Maßnahmen mit einem erheblichen Reduktionspotenzial. Die klima-allianz fordert die Bundesregierung auf,

- die Agrar- und Ernährungspolitik als Teil der Klimapolitik auszurichten – mit konkreten Reduktionszielen und der Ausarbeitung eines verbindlichen Aktionsprogramms. Grundlage für dieses Programm sollten Maßnahmen bilden, die ein hohes, kosteneffizientes Reduktionspotenzial aufweisen und zudem Synergieeffekte mit anderen Umwelt- und Tierschutzzielen verbinden, wie dem Gewässerschutz und dem Erhalt der Biodiversität. Die Einnahmen aus den Versteigerungserlösen im EU-Emissionshandel müssen auch in diesem Bereich zur Finanzierung von Maßnahmen im Umwelt-, Tier- und Klimaschutz eingesetzt werden.

- den ökologischen Landbau als Leitbild einer ressourcen- und klimaschonenden Landnutzungsform zu verankern. Wissenschaftliche Studien belegen, dass der ökologische Landbau das emissionsärmere Produktionsverfahren darstellt. Zugleich können höhere Tierschutz- und Umweltstandards erfüllt werden, vor allem durch:
 - Humusaufbau und damit Kohlenstoffrückbindung auf ökologisch bewirtschafteten Flächen,
 - niedrige Stickstoff- und Energieinputs unter anderem durch Verzicht auf chemisch-synthetische Dünge- und Pflanzenschutzmittel und den Anbau von Leguminosen,
 - geringeren Energieverbrauch, durch Weidehaltung und Offenfrontställe entfallen energieverbrauchende Beleuchtungs-, Lüftungs- und Fütterungssysteme,
 - Verzicht auf den Einsatz von Importfuttermitteln wie Soja, deren Produktion insbesondere in Entwicklungsländern klimaschädliche Effekte (wie zum Beispiel Regenwaldabholzung) mit sich bringen,

- längere Lebensleistung in der Tierhaltung und emissionsärmere Festmistsysteme.

Der ökologische Landbau kann daher eine zentrale Rolle als Problemlöser einnehmen, da er Produktivität mit dem Schutz natürlicher Ressourcen besonders gut vereint.

- ein Maßnahmenpaket zum Schutz von Mooren und Grünland aufzulegen, das Fördermaßnahmen zur Renaturierung beziehungsweise Vernässung von Mooren und kohlenstoffreichen Grünlandböden beinhaltet. Die Maßnahmen sollten eng mit den Zielen der Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung verknüpft werden. Ein wirksamer Schutz von Dauergrünland ist durch Einführung einer flächendeckenden Genehmigungspflicht für jeglichen Umbruch von Grünland und Erlass eines generellen Umbruchverbots auf feuchten und amoorigen Standorten zu gewährleisten. Die Nutzung von Grünland mittels naturverträglicher Milch- und Fleischproduktion mit Wiederkäuern sollte gestärkt und so der Erhalt von Grünland und die artgerechte Haltung von Wiederkäuern insgesamt verbessert werden, etwa mit Beweidungsprogrammen.

- ein Maßnahmenpaket zur Verknüpfung von Klimaschutz, Ernährung und Gesundheit zu erstellen. In Deutschland verursacht die Viehhaltung 71 Prozent der Treibhausgase der Landwirtschaft. Eine Halbierung des Fleischkonsums entspricht den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE). Falsche Ernährung (insbesondere zu viel Fleisch) und die daraus resultierenden ernährungsbedingten Erkrankungen führen in Deutschland jährlich zu Folgekosten in Höhe von 70 Milliarden Euro. Die Durchführung einer Informations- und Motivationskampagne zur Reduzierung des Fleischkonsums unter dem Motto „Weniger Fleisch – gut für

Der nächste Klima-Aktionstag findet am 24. September 2011 unter dem Motto „Moving Planet“ statt. Weitere Informationen zur Veranstaltung unter www.klima-bewegen.de.

Klima und Gesundheit“ ist dringend geboten. Dies beinhaltet die Aufklärung der Verbraucher über die negativen externen Effekte, die mit Ernährung und Fleischkonsum verbunden sind. In öffentlichen Einrichtungen sollte verstärkt vegetarisches und ökologisch erzeugtes Essen angeboten werden.

- die Arbeits- und Lebensbedingungen in den ländlichen Räumen mitzudenken.

Klimaschonende und nachhaltige Landwirtschaft, die vielfältige Leistungen für ländliche Räume bereitstellt, ist auf die Einhaltung von Sozialstandards angewiesen. Eine angemessene Entlohnung, Qualifizierung, die Einhaltung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes und von Tarifverträgen sind Grundbedingungen für eine nachhaltige Landwirtschaft und eine zukunftsfähige Agrarkultur.

- die Forschung für klimafreundlichere Anbaumethoden massiv auszubauen. Für den Biolandbau sind über die Mittel des Bundesprogramms Ökologischer Landbau hinaus weitere öffentliche Forschungsmittel für Forschung und Wissenstransfer zur Verfügung zu stellen – insbesondere auch aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung.

- die offensive Exportstrategie für lebende Tiere und tierische Lebensmittel zu stoppen. Diese ist aus Sicht des Tier-, Klima- und Umweltschutzes kontraproduktiv. Direkte und indirekte Exportsubventionen und Förderprogramme sind abzuschaffen. Die Stär-

kung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die Förderung des ökologischen Landbaus und des Absatzes bäuerlich ökologisch erzeugten Lebensmitteln sind die adäquate Strategie, um die Agrarpolitik in Kohärenz zu den Politikzielen im Klimaschutz, dem Erhalt der Biodiversität und dem Tierschutz zu bringen. Internationale Tiertransporte sind auf eine Höchstdauer von acht Stunden zu begrenzen.

- eine Kampagne zur Verringerung der Wegwerfrate von Lebensmitteln in Haushalt, Handel und Herstellung zu initiieren. Denn über 20 Prozent der Lebensmittel landen in Deutschland im Müll.

- sich dafür einzusetzen, dass mit der EU-Agrarreform nach 2013 die Agrarpolitik an die gesellschaftspolitischen Anforderungen, die umwelt- und sozialpolitischen Herausforderungen und die hohen Erwartungen der Verbraucher an den Tierschutz grundsätzlich angepasst und neu ausgerichtet wird. Dies beinhaltet den forcierten Ausbau und die Weiterentwicklung von Agrarumweltmaßnahmen einschließlich der Umschichtung der finanziellen Mittel im Agrarhaushalt.

- eine Neuausrichtung der Förderung von Bioenergie auf besonders klimaefiziente und umweltverträgliche Maßnahmen vorzunehmen. Der umweltpolitisch kontraproduktive Förderanreiz zum Maisanbau für Biogas ist im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) durch ökologische Mindeststandards wie den Verzicht auf Grünlandumbruch oder die Beschränkung des Maisan-

teils zu beseitigen. Der sinnvolle und weitere Ausbau der Nutzung von Gülle und Mist in Biogasanlagen ist davon nicht berührt.

- die Abhängigkeit von der erdölabhängigen Landnutzung zu reduzieren. Stickstoffüberschüsse und damit Lachgasemissionen infolge von synthetischer Stickstoffdüngung und nicht sachgemäßer organischer Düngung sind drastisch zu reduzieren. Die Obergrenze für Stickstoffüberschüsse in der Düngeverordnung sind entsprechend auf 50 Kilogramm Nitrat pro Hektar und Jahr zu begrenzen. Die Einführung einer Stickstoffabgabe auf Handelsebene beziehungsweise eine Stickstoffüberschussabgabe auf einzelbetrieblicher Ebene muss die bisherige Wirkungsschwäche der gesetzlichen Regelungen aufheben.

- den Anbau von Leguminosen sowohl durch die Förderpolitik als auch durch entsprechende Züchtungsprogramme zu unterstützen. Dadurch wird synthetischer Stickstoffdünger ersetzt und durch Humusaufbau CO₂ im Boden gespeichert.

- die gute fachliche Praxis so zu definieren, dass Fruchtfolgen mit mindestens drei verschiedenen Kulturen und eine ausgeglichene Humusbilanz den Mindeststandard einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft rechtlich absichern.

- die Förderung von Festmistsystemen, die zu einer Reduktion der Ammoniakemissionen beiträgt.

Die GRÜNE LIGA e.V. ist Mitglied in der klima-allianz Deutschland. Seit Mai 2011 vertritt Anke Siegert die GRÜNE LIGA in der Arbeitsgruppe „Landwirtschaft und Klimaschutz“.



- eine Neuausrichtung der einzelbetrieblichen Investitionsförderung (AFP) vorzunehmen, die nur noch Stallanlagen fördert, die eine artgerechte Tierhaltung ermöglichen. Massentieranlagen und flächenlose Tierhaltung sind von der Förderung auszuschließen und durch eine stringente Genehmigungspraxis zu verhindern.

// Anke Siegert

„Propagierung des nachhaltigen Wirtschaftens“

Über die eigene Motivation, das Grüne Haus für Hellersdorf und persönliche Zukunftspläne



Kurzprofil Barbara Nitsche

Alter: 59

Kinder: Sohn (27 Jahre)

Beruf: Dipl.-Ing. Maschinenbau

Hobbies: Natur, Sport

Liebblings-Reiseziel: Inseln im Mittelmeer

Liebblings-Pflanze: Bartnelke

Liebblings-Tier: Biene

Liebblings-Essen: Pfannengemüse

Liebblings-Getränk: Tee

Liebblings-Musik: Leichte klassische Musik

Liebblings-Film: Gibt es nicht, je nach Anlass und Stimmung

Liebblings-Buch: Bücher aus der jüngeren Geschichte

Motto: Immer den Kopf oben behalten!

Was magst Du nicht: Lügen

Mitglied der GRÜNEN LIGA seit: 1997

Bisherige Posten bei der GRÜNEN LIGA: Mitglied des Landessprecherrats der GRÜNEN LIGA Berlin; seit März 2011 Mitglied im Bundessprecherrat der GRÜNEN LIGA e.V.

Deine Idee gegen die Klimazerstörung: Nachhaltiges Wirtschaften und Leben

Schönstes Erlebnis bei der GL: Feier zum 20. Jahrestag

Kurzes Statement zur momentanen Situation des Umwelt- und Naturschutzes in

der BRD: Die Umwelt- und Naturschutzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland gehört aus meiner Sicht an den Tropf. Nachhaltiges Wirtschaften zur Erhaltung der Umwelt und die Wirtschaftspolitik passen nicht zusammen.

Wir von der GRÜNEN LIGA sollten es auch weiterhin als unsere wichtigste Aufgabe ansehen, der Politik auf die Finger zu sehen und die Öffentlichkeit zu informieren.

Alligator: Was war für Dich ein besonderes Schlüsselereignis, Dich mit Umweltthemen auseinanderzusetzen?

Barbara: Nachdem ich zu Wendezeiten meine Arbeit als Projektingenieurin im Maschinenbau verloren habe, habe ich eine Zeit im Rahmen einer

Arbeitsbeschaffungsmaßnahme als Umweltberaterin gearbeitet. Diese Arbeit führte zu zwei wichtigen Erkenntnissen:

1) Die Industrieanlagen, die in der DDR neu gebaut wurden, haben sich durchaus die Frage nach der Umweltre-

levanz gestellt.

2) Die Informationen zum Umweltgedanken waren und sind teilweise heute noch nicht in der Köpfen vieler Menschen angekommen.

Alligator: Wann hast Du Dich das ers-

te Mal in der Umweltbewegung engagiert? Wie bist Du zur GRÜNEN LIGA gekommen?

Barbara: Zur GRÜNEN LIGA bin ich durch die damalige Büroleiterin in Berlin-Hellersdorf, Frau Dr. Bludau, gekommen. Ich habe bei ihr erfahren, dass die Aufgabe der Verbände eine Aktivaufgabe, aber auch eine Kontroll- und Mitwirkungsaufgabe ist.

Alligator: Sind Deine Beweggründe von damals geblieben?

Barbara: Ja, die Zeiten sind zwar komplizierter geworden, aber das Erfordernis, viele Sachen zu hinterfragen, ist geblieben.

Alligator: Was ist Deine Motivation, Dich bei der GRÜNEN LIGA zu engagieren?

Barbara: Bei der GRÜNEN LIGA sehe ich die Möglichkeit, mich außerhalb von Parteien zu engagieren. Bei der GRÜNEN LIGA ist Sachkompetenz gefragt und kein Parteizwang vorhanden.

Alligator: Was sind Deine Wünsche beziehungsweise Vorhaben für die GRÜNE LIGA beziehungsweise Umweltbewegung?

Barbara: Propagierung des Gedankens des nachhaltigen Wirtschaftens und Beweis an Beispielprojekten mit fachlicher Begleitung der GRÜNEN LIGA.

Alligator: Was ist Deine Botschaft an die GRÜNE LIGA?

Barbara: Die GRÜNE LIGA sollte ein Sammelpunkt für Leute sein, die erkannt haben, dass die Erde einmalig und ein hohes Gut ist.

Alligator: Gibt es Dinge, die der GRÜNEN LIGA noch fehlen?

Barbara: Die Informationspolitik müsste sicher breiter sein.

Alligator: Seit März 2011 bist Du im Bundessprecherrat der GRÜNEN LIGA. Wie verstehst Du Dein „Amt“ als Vertreterin des Landesverbands GRÜNE LIGA Berlin e.V.?

Barbara: Ich lebe seit 37 Jahren in Berlin. Für mich ist die Hauptstadt der Lebensmittelpunkt. Ich verstehe mich als Vertreterin der Hauptstadt in einem für mich sehr wichtigen Gremium – ein Gremium welches der Politik auf die Finger schauen sollte.

Alligator: Was machst Du neben Deiner Tätigkeit bei der GRÜNEN LIGA?

Barbara: Ich bin Vorstandsmitglied des Vereins Grünes Haus für Hellers-

dorf e.V. und somit Gruppenvertreterin im Landessprecherrat der GRÜNEN LIGA Berlin e.V.

Außerdem führe ich ein Einzelunternehmen. Dieses Unternehmen beschäftigt sich außer mit Verwaltung und Vermietung mit der Entwicklung von Projekten, die auf der Basis des nachhaltigen Wirtschaftens funktionieren. Das ist zurzeit zum Beispiel eine Wohnanlage, die mit einer Energie-Plus-Lösung konzipiert wird.

Alligator: Das Grüne Haus ist ja ein Mitglied der GRÜNEN LIGA Berlin e.V. – welches Anliegen steckt dahinter beziehungsweise was sind die Angebote und aktuellen Projekte bei Euch?

Barbara: Das Grüne Haus Hellersdorf ist eine auf Initiative des Vereins sanierte ehemalige Kindertagesstätte, die als Begegnungsstätte und als Geschäftshaus für nichtstörendes Gewerbe und für Dienstleistungen für die Bevölkerung genutzt wird. Zu dem Haus gehören 4500 Quadratmeter Gartenfläche in zwei Ebenen, die gestaltet sind. Treffpunkt für die Bevölkerung und Umweltinformation in Theorie und Praxis sind die Schwerpunkte der Arbeit.

Für viele Leute sind die Termine unseres Hauses ein fester Bestandteil im Kalender. Montags ist Klöppeln und Sport und alle vier Wochen treffen sich die Hildegard-Interessentinnen und -Interessenten, Dienstag ist Kreativkurs Judo und Englisch, mittwochs ist Yoga, Judo und ein Musikkreis, donnerstags kommt schon seit zehn Jahren ein Kartenspielkreis und freitags ist noch mal Sport. Wir sind hier gute Nachbarn.

Für Kinder- und Seniorengruppen gibt es Veranstaltungen wie Kochkurse und Basteln. Die Kinder lernen bei uns, was man alles essen kann an Stelle von Fertigprodukten. Das gab schon einige Aha-Effekte, die dann mit nach Hause genommen werden.

Alligator: Was waren Eure größten Erfolge in den letzten Jahren im Grünen Haus?

Barbara: Wir sind stolz darauf, dass wir in diesem Jahr das 10-jährige Jubiläum der Eröffnung unseres Hauses begehen können. Die Eröffnung des Kräutergartens nach Hildegard von Bingen im Jahr 2004 war ein Höhepunkt in unserem Vereinsleben. Er ist der einzige Garten in unserer Region, der derartige Inhalte hat. Er hat auch bei vielen Besuchern außerhalb von Marzahn-Hellersdorf Interesse für un-



Foto: Garten des Grünen Haus Hellersdorf

seren Bezirk geweckt. Die zweite Ebene des Gartens mit dem Hildegard-von-Bingen-Garten wollte uns der hiesige Amtsschimmel durch überhöhte Geldforderung „ausreden“. Bisher ist es uns gelungen, dies zu verhindern.

Alligator: Was plant Ihr für die Zukunft?

Barbara: Für die nächsten zehn Jahre ist das Begeistern von jungen Leuten, die weiter machen, und die Erweiterung der Angebote geplant. Außerdem oben genannten sind angedacht: Naturwissenschaften als Interessensbereich, PC-Kurse für Senioren, Theater im Garten und Bilderausstellungen.

Alligator: Wie sehen Deine Pläne aus, wenn das Grüne Haus zwei Millionen Euro erhalten würde?

Barbara: Ich würde einige meiner Ideen bis zur Ausführungsvorbereitung finanzieren, wie zum Beispiel die Wohnanlage und eine dazugehörige Freizeitstätte.

Alligator: Achtest Du im Alltag darauf, bewusst ökologisch-dynamisch zu leben?

Barbara: Ich gebe mir sehr große Mühe. Das fängt mit der Ernährung an. Wichtig sind die Auswahl der Lebensmittel, die Reduzierung des Zuckerkonsums und Sport. Dann achte ich darauf, dass in meinem privaten Umfeld keine Ressourcen verschwendet werden und Abfälle und Reststoffe entsprechend sortiert und bearbeitet einer möglichen Wiederverwendung zugeführt werden.

Alligator: Was benötigst Du, um einen gelungenen Tag zu haben?

Barbara: Eine gute Idee, ein Lächeln und viele freundlichen Leute!

// Das Interview führte Rieke Lanser

Dr. Anton Hofreiter, Rüdiger Herzog

Voll verplant – das Planungsrecht muss reformiert werden

Bürgerfern, ineffizient und umweltunfreundlich

„Basta“-Entscheidungen sollten der Vergangenheit angehören. Nicht erst seit den Protesten gegen Stuttgart 21 wissen wir, dass das heutige Planungsprozedere von Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr akzeptiert wird, von Naturschutz- und Umweltverbänden schon gar nicht. Aus gutem Grund: Das Planungsrecht in Deutschland ist bürgerfern, ineffizient und umweltunfreundlich.

Wenn Kraftwerke, Straßen oder Gesteinsabbau geplant werden, werden zwar unterschiedliche Verfahren notwendig, ihnen gemeinsam ist jedoch, dass Bürger und Bürgerinnen wie auch Naturschutzverbände und Umweltvereinigungen viel zu spät einbezogen werden. Und dann auch nur formal. Bis dahin sind viele Planungen bereits „verfestigt“. Gegen Alternativplanungen wird dann häufig argumentiert, dass bereits zuviel Zeit und Geld investiert wurde, als dass das Verfahren noch umkehrbar sei. Öffentlichkeitsbeteiligung, die dann nur noch dazu da ist, bereits getroffene Entscheidungen im Nachhinein zu rechtfertigen und gerichtsfest zu machen, wird zu Recht als Farce wahrgenommen.

Moderne Planungsprozesse benötigen echte Transparenz, mehr Mitbestimmung, praktikable direktdemokratische Elemente, taugliche Konfliktlösungsverfahren und effizienten Rechtsschutz. Dadurch ermöglicht Öffentlichkeitsbeteiligung sogar Planungsbeschleunigung.

Bürgerinitiativen, Vereine oder Verbände, die sich einmischen, sind ein lebendiges Element in der demokratischen Landschaft Deutschlands. Wer ihnen unterstellt, sie würden immer nach dem Sankt-Florians-Prinzip agieren, täuscht sich. Bürger und ehrenamtliche Umweltschützer bereichern Planungsprozesse mit ihren Regionalkenntnissen.

Transparenz und Informationsfreiheit sind Voraussetzung für Partizipation in einer modernen Demokratie. Die „Landschaft“ der Informationsgesetze auf Bundes- und Landesebene ist unübersichtlich. Und der Informationszugang schwer. In der Praxis verweigern Behörden vielfach noch die Freigabe von Informationen. Grund dafür ist manchmal, dass die Informationsgesetze nicht ausreichend Zugang hergeben. Mitunter jedoch beugen Behörden das Zugangsrecht, wie beispielsweise die Jahresberichte des Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit bestätigen.

Wir brauchen daher eine neue Qualität der Informationsfreiheit: umfassenden bürgerfreundlichen und raschen Zugang. Auch der Zugang zu Informationen über Verträge des Staates mit Privaten, eine aktive Informationspolitik der Behörden und ein barrierefreier Zugang zu Informationen über ein zentrales Internetportal gehören dazu. Neue Möglichkeiten durch das Internet (Open Data, E-Partizipation) werden aber bisher in Deutschland kaum genutzt. Das muss sich ändern. „Open government“, zum Beispiel Bürgerkonsultation in moderierten Internetforen, muss auch hierzulande Teil einer politischen Kultur der Teilhabe werden. Wir fordern Informationsfreiheit 2.0 in Bund und Ländern.

Behördliche Entscheidungen müssen überprüfbar sein. Wir brauchen daher die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene sowie die Beseitigung der bestehenden bürokratischen Hindernisse in den Ländern. Dringend zu korrigieren sind zu hohe Hürden für Volksbegehren, zu kurze Fristen zur Unterschriftensammlung und unerreichbare Quoren. Auch die Restriktionen gegen kommunale Bürgerbegehren, beispielsweise zu Bauleitplanungen, müssen umgehend beseitigt

werden. Zweifellos haben direktdemokratische Instrumente auch Kehrseiten. Mobilisiert wird nicht jede Bevölkerungsschicht gleichmäßig, das heißt, am Ende steht keine Entscheidung, die den Bevölkerungsquerschnitt repräsentiert. Auch können solche Entscheidungen erheblich durch finanzstarke Interessenvertreter oder lautstarke Populisten beeinflusst werden. Dennoch – solche Entscheidungen mobilisieren und können sehr viel eher akzeptiert werden.

Behördliche Planungen ziehen sich häufig über Jahre hin. Vor dem Hintergrund, dass wir rasch neue Schienenwege für eine Verkehrswende und Energiespeicher und -leitungen für eine Energiewende benötigen, ist das nicht akzeptabel. Verzögerungen entstehen selten in den Anhörungsverfahren sondern durch lange Bearbeitungszeiten und zwischen den einzelnen Verfahren. Darüber hinaus sind Schwächen im Bau- und Planungsrecht unübersehbar. Laien können die verschiedenen Planungsverfahren kaum durchschauen. Brauchen wir einen Bebauungsplan nach dem Baugesetzbuch, ein Planfeststellungsverfahren nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz, ein Immissionsschutzrechtliches Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz oder ein bergrechtliches Verfahren nach dem Bundesberggesetz? Wesentliche Planungsschritte sollten vereinfacht werden. Über das „Ob“ eines Verkehrsweges, einer Stromtrasse oder anderen größeren Vorhabens sollte in einem Bedarfsplan mit Bürgerbeteiligung entschieden werden. Im folgenden Planungsprozess steht der Bedarf dann nicht mehr in Frage.

Auf der Basis eines Bedarfsplanes müssen die Entscheidungen über das „Wie“ gefällt werden. Dafür kann das Raumordnungsverfahren zu einem zentralen Verfahren im Planungspro-

Dr. Anton Hofreiter (MdB) studierte Biologie und ist seit 2005 Verkehrspolitiker der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Rüdiger Herzog, Wasserwirtschaftler und Raumplaner, ist Büroleiter von Anton Hofreiter und ehrenamtlicher Landesvorsitzender der NaturFreunde Brandenburg.

zess ausgebaut werden. Bislang wird es eher als Formalie abgehandelt und bestätigt zumeist nur die vom Vorhabensträger bevorzugten Planungsvarianten. Im Raumordnungsverfahren sollten Standort- oder Trassenalternativen ergebnisoffen geprüft werden. Und das erfordert ein Umdenken von Planern und Behörden. Denn in der Praxis sind Raumordnungsverfahren de facto nicht ergebnisoffen.

Bürgerinnen und Bürger müssen bereits am Anfang des Verfahrens einbezogen werden, nämlich bereits dann, wenn Untersuchungsgebiete und -umfang definiert werden. Wenn Konflikte nicht im formalen Planungsverfahren ausgeräumt werden können, sollten alternative Konfliktlösungsverfahren, wie Mediationen, zum Einsatz kommen. Solch eine informelle Beteiligung muss – wenn sinnvoll – mit formalen Verfahren verknüpft werden. Das Baugesetzbuch bietet bereits die Möglichkeit einer Mediation, andere Planungsgesetze jedoch noch nicht. Um die Qualität des Verfahrens zu si-

chern, sind auch Rechtsmittel erforderlich. Klagemöglichkeiten von BürgerInnen und Umweltvereinigungen werden von Seiten der Industrie gern mit endlosen Verzögerungen gleichgesetzt. Richtig ist jedoch, dass sie nur ein präventives Instrument sind. Nur selten wird tatsächlich geklagt. Wenn jedoch eine behördliche Entscheidung beklagbar ist, sind sowohl die verfahrensführende Behörde als auch der Investor an nachvollziehbaren hochwertigen Planungsunterlagen interessiert.

Und nicht zu vergessen – Planungsqualität im Raumordnungsverfahren erspart sowohl Planungsaufwand im abschließenden Genehmigungsverfahren als auch Klagen am Ende eines Planungsprozesses. Keine Angst vor Verzögerungen! Das Jammern über Klagemöglichkeiten von renitenten Bürgerinnen und Bürgern oder Naturschutzverbänden entbehrt jeder Grundlage. Nur, wenn schwerwiegende Fehler in Planungsverfahren gemacht wurden, besteht überhaupt eine Kla-

gemöglichkeit. Rechtsmittel wirken vor allem präventiv, denn sie sichern Planungsqualität.

Und noch ein Aspekt. Ein zeitgemäßes Planungsrecht benötigt verbindliche umweltpolitische Ziele, beispielsweise zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Auch die Klimaverträglichkeit eines Projekts muss in Genehmigungsverfahren geprüft werden. Reduktionsziele für Kohlendioxid und Umweltgifte taugen nichts, wenn sie sich nicht in konkreten Planungen niederschlagen. An die Stelle von „Basta“-Entscheidungen gehören Planungen, die die Interessen Betroffener und der Umwelt bestmöglich einschließen.

// Dr. Anton Hofreiter,
Bündnis 90/Grünen
Rüdiger Herzog,
NaturFreunde Brandenburg

Buchtipp

Demokratie und Umweltkrise

Brauchen wir mehr Mitbestimmung?

Zahlreiche Beiträge mit hochaktuellem Bezug sind in diesem Sammelwerk zusammengeführt. Aussagekräftige Thesen zum Thema „Demokratie und Umweltkrise“ mit verschiedenen Schwerpunkten wie „Selbstorganisation und Gegenmacht“, „Zwänge und Interessen“ und „Mitbestimmung und Beteiligung“ werden auf 256 Seiten dargestellt.

Auf der Suche nach Antworten, um den Weg aus dem „postdemokratischen Zustand der Ohnmacht“ zu finden, diskutieren die Autoren gegen fremdbestimmte Veränderung unserer Umwelt und für lebendige und bürger-nahe Demokratie.

Das Prinzip der Volkssouveränität ist in seiner Anwendung ausbaufähig, da derzeit das Wachstum Vorfahrt hat. Denn die Machthaber unserer westlichen Welt, nämlich Wirtschaft, staatli-

che Exekutive und Medien, arbeiten im eigenen Interesse – dabei werden dem Volk deren Bedürfnisse aufgedrängt. Doch umweltpolitische Maßnahmen sollten auch dann umsetzbar sein, wenn sie nicht an erster Stelle das Wirtschaftswachstum ankurbeln.

Die intransparenten Entscheidungsstrukturen erschweren es der Gesellschaft, auf ein Ziel hin zu handeln. Der Bürger wird in der Regel meist zu spät und zu wenig über „aktuelle“ Geschehnisse informiert – öffentlicher Protest scheint das einzige Handlungsfeld des Volkes zu sein. Doch die Instrumente der direkten Demokratie, wie zum Beispiel Volksabstimmungen, verleihen der stimmberechtigten Bevölkerung die nötige Autorität. Der souveräne Bürger soll genügend Einflussmöglichkeiten haben und sich beteiligen, um „mit mehr Demokratie aus der Umweltkrise“ zu finden.



Zu den Autoren gehören unter anderem namhafte Politikwissenschaftler und Professoren einiger österreichischer Universitäten.

Forum Wissenschaft & Umwelt: „Demokratie und Umweltkrise – Brauchen wir mehr Mitbestimmung?“, 256 Seiten, oekom Verlag, Preis: 19,90 Euro

// Rieke Lanser

Thorsten Glawe

Lieber ein gefällttes Urteil als ein gefällter Baum

Der Ökolöwe – Umweltbund Leipzig e.V. klagt gegen Baumfällungen auf sächsischen Deichen



Foto: Fällungen an der kleinen Luppe, Winter 2011, aufgenommen vom Ökolöwe – Umweltbund Leipzig

Der Ökolöwe, Umwelt- und Naturschutzverein aus Leipzig und Mitglied im Netzwerk GRÜNE LIGA, hat beim Verwaltungsgericht Dresden Klage gegen einen umstrittenen Erlass des sächsischen Umweltministeriums eingereicht. Dabei geht es um den Erhalt von über 100 000 zum Teil jahrhundertalten Bäumen.

Reflexartige Reaktion

Als Anfang August 2010 eine Hochwasserwelle, begleitet von einem lokalen Tornadoereignis, durch Sachsen spült, kehren die Erinnerungen an das „Jahrhunderthochwasser“ der Elbe 2002 zurück. Obwohl die Fluten 2010 deutlich weniger schwere Folgen haben, fallen die Reaktionen der zuständigen Stellen reflexartig aus.

Das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft verfügt im so genannten „Tornado-Erlass“, dass die zum Teil maroden Deiche im Freistaat umgehend und um jeden Preis saniert werden müssen. „Um jeden Preis“ heißt hierbei, dass die

Landestalsperrenverwaltung den Erlass so interpretiert, dass sie umgehend damit beginnt, die Deiche von Bäumen und Sträuchern zu „befreien“.

Grobe Fehler im Erlass

Das geht deswegen, weil der Erlass des Ministeriums flächendeckend „Gefahr im Verzug“ für ganz Sachsen durch Bäume unterstellt, die zum Teil schon Jahrhunderte auf und an Deichen sowie an Ufern stehen. Mit diesem Argument werden großflächig streng geschützte Lebensräume geopfert, deren Vernichtung über Jahrzehnte nicht kompensiert werden kann.

Gleichzeitig ist es aufgrund der Eile, die das Ministerium an den Tag legt, nicht möglich, die betroffenen Gebiete auf streng geschützte Tierarten und ihre Behausungen zu untersuchen. Das bedeutendste Winterquartier des Großen Abendseglers im Leipziger Auensystem fiel bereits im letzten Winter den Rodungen zum Op-

fer und ist nur ein Beispiel für die Rücksichtslosigkeit, die der ministeriale Erlass zur Folge hat.

Ebenso sind mit den Bäumen auch die Ansitzwarten des Eisvogels verschwunden. Ein kompletter Brutstandort der seltenen Vogelart ist damit zerstört, was bei weniger als zehn Brutpaaren im Auwald erhebliche Folgen haben wird.

In der Flora sieht es nicht besser aus: Der nach Bundesartenschutzverordnung streng geschützte Märzenbecher, der auch auf der „Roten Liste“ der gefährdeten Pflanzen steht, hat durch die Abholzungen im Forstrevier „Wilder Mann“ sein wichtigstes Habitat verloren und droht nun, vollständig aus der Region zu verschwinden.

Sowohl die frühzeitigen Alternativprüfungen wie auch Umweltverträglichkeitsprüfungen sind völlig ausgeblieben. Weiterhin unterscheidet der Erlass nicht nach Ufertypen und Deichdimensionen und gefährdet so praktisch jeden Baum, der zu nah an sächsischen Flüssen wächst.

Der absurdeste Fehler im Konzept ist aber, dass ausgerechnet der Auwald, der als Biotop auf regelmäßige Flutung angewiesen ist, vor Hochwasser geschützt wird, denn in vielen Gebieten (so zum Beispiel in der Leipziger Aue) sollen Bäume auf/an Deichen verschwinden, die direkt vor dem Wald stehen.

Und der Wahnsinn hat schon begonnen. Seit August 2010 wurden aufgrund des Erlasses aus dem Dresdener Ministerium bereits zehntausende Bäume in den sächsischen Flusstälern gefällt. „Die Auswirkungen des rechtswidrigen Erlasses können die Leipziger im FFH-Gebiet Leipziger

Auensystem' oder an der Flöha und Zschopau in Augenschein nehmen", so Nico Singer, Geschäftsführer des Ökolöwen.

Doch damit nicht genug: Ausgehend vom Erlass sollen die Fällungen schon bald weitergehen. Die komplette „Befreiung“ sämtlicher sächsischer Deiche von Bäumen und Sträuchern steht an. Ohne Einzelfallprüfung, ohne Voraussicht und vor allem ohne Rücksichtnahme auf die Tatsache, dass fast alle sächsischen Flusstäler europäische Naturschutzgebiete sind. Bedroht sind dadurch mehr als 100 000 Bäume im Freistaat Sachsen. Damit ermächtigt der ohne parlamentarische Zutun entstandene Erlass die Verwaltungen Sachsens, bewusst europäisches, nationales und Landesrecht zu brechen – ein Beispiel, was in Deutschland seinesgleichen suchen dürfte.

Appelle haben Sägen nicht gestoppt
Die Forderungen des Ökolöwen, die Baumfällungen zu stoppen und die Umweltvereine in die Entscheidungs-

prozesse einzubeziehen, verhallen ungehört. Völlig konträr zu geltendem Recht werden die „Interessenvertreter der Natur“ ausgesperrt und vor (beinahe) vollendete Tatsachen gestellt. Argumente und Appelle konnten die Sägen nicht stoppen. Das alles hat dazu geführt, dass sich der Ökolöwe gezwungen sieht, Klage beim Verwaltungsgericht Dresden einzureichen. Wie weit die Regierung des Freistaates an geltendes Recht gebunden ist, wird sich nun vor Gericht zeigen müssen.

Alle Jahre wieder ...

Dabei ist die ganze Sache nicht einmal wirklich neu. Schon nach dem letzten „Jahrhunderthochwasser“ im Jahre 2002 reagierten die Behörden ähnlich. Bedroht waren circa 10 000 Bäume im Leipziger Auwald. Der Ökolöwe, der schon deutlich vor der Hochwasserkatastrophe auf den Wert des Auwaldes als Überflutungsfläche hingewiesen hatte, klagte sich damals bereits durch die Instanzen – mit Erfolg. Am 23. Januar 2003 stoppte das Ober-

verwaltungsgericht Bautzen die Deichrodungen in letzter Instanz.

Eine Wiederholung des Klageerfolges von 2003 ist daher nötig – und möglich. Das planlose Vorgehen des Ministeriums und der Landestalsperrenverwaltung führt nicht zum erwünschten Hochwasserschutz, sondern lediglich zu irreversiblen und tiefgreifenden Eingriffen in wichtige und schützenswerte Biotope.

Um das zu verhindern, bleibt nur der Gang vor Gericht. Das aber ist teuer und dem Ökolöwen geht es wie allen sächsischen Vereinen: er wird finanziell an der ganz kurzen Leine gehalten. In seinen Bemühungen um den Naturschutz ist der Ökolöwe daher dringend auf Spenden angewiesen.

// Thorsten Glawe,
Ökolöwe – Umweltbund Leipzig e.V.

Bürgerinitiativen gegen Fluglärm

Aktiv für ein Nachtflugverbot am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)

Das vor einigen Wochen veröffentlichte Flugroutenkonzept des künftigen Hauptstadtflughafens zeigt, dass große Teile Berlins und dicht besiedelte Regionen Brandenburgs von den planmäßigen Strecken überflogen werden. Hinzu kommt, dass sogar Nachtflüge erfolgen, um einer möglichen Unwirtschaftlichkeit entgegen zu wirken – das heißt: Es sind bis zu 113 Flüge pro Nacht zu erwarten.

Die aktuelle Flugroutenplanung zieht für die umliegende Bevölkerung enorme Gesundheitsbeeinträchtigungen mit sich. Dauerlärm ist purer Stress für den Körper – daraus resultieren Schlafstörung und geringere Leistungsfähigkeit. Außerdem steigt das Risiko für Herzerkrankungen und Schlaganfälle und die Lebensqualität sinkt erheblich in solch einer Lärmbelastungszone. Um die Lärmbelastung zu reduzieren, wehren sich die betrof-

fenen Regionen. In den Ländern Brandenburg und Berlin wurden bereits zahlreiche Initiativen ins Leben gerufen, die vielerorts Unterschriften der betroffenen und mitfühlenden Bürger sammeln, um in beiden Ländern ein Volksbegehren zur Durchsetzung eines Nachtflugverbots zu starten.

Hierfür sind in der ersten Etappe allein in Berlin 20 000 Unterschriften erforderlich.

Sowohl die Bundeskontaktstelle Luftverkehr der GRÜNEN LIGA als auch die Landesverbände GRÜNE LIGA Berlin und GRÜNE LIGA Brandenburg unterstützen die Unterschriftensammlung für ein Nachtflugverbot.



Foto: Anflug bei Nacht, aufgenommen von Holger Gräbner, pixelio.de

Die Unterschriftenlisten stehen zum Download auf der Internetseite der GRÜNEN LIGA zur Verfügung.

// Rieke Lanser



Pflanzenarten Mitteleuropas im Porträt

Ein beliebtes und bewährtes Standardwerk. Diese Formulierung trifft auf das „Taschenlexikon der Pflanzen Deutschlands und angrenzender Länder“ zu. Die gerade erschienene 7. Auflage wurde von den Autoren, den Biologen Ruprecht Düll und Herfried Kutzelnigg, umfangreich erweitert und auf die heutigen Wünsche der NutzerInnen abgestimmt: 772 farbige Fotos und 44 Zeichnungen machen das Lexikon zusammen mit den eingängigen Beschreibungen attraktiv. Die neuen Piktogramme neben den Beschreibungen sowie die Erklärungen der Fachbegriffe im Anhang tragen zur Benutzerfreundlichkeit bei.

Die Autoren haben 300 Arten neu in das Kompendium aufgenommen, das nunmehr die 1.400 häufigsten Pflanzen Mitteleuropas umfaßt. Von A wie *Aethusa Cynapium* (Hundspetersilie) bis Z wie *Zostera marina* (Echtes oder Gewöhnliches Seegras) sind die Pflanzen alphabetisch nach ihrem lateinischen Namen geordnet. Über ein Verzeichnis der deutschen und wissenschaftlichen Gattungsnamen ist aber allen, die den lateinischen Namen nicht parat haben, der schnelle Informationszugang möglich.

Das Taschenlexikon vermittelt Informationen zu Systematik, Namen, Vorkommen, Blüten und Früchten sowie zu Inhaltsstoffen und Verwendbarkeit der Pflanzen.

Ruprecht Düll / Herfried Kutzelnigg: „Taschenlexikon der Pflanzen Deutschlands und angrenzender Länder. Die



häufigsten mitteleuropäischen Arten im Portrait“, 932 Seiten, Quelle & Meyer Verlag, Preis: 29,95 Euro

// Katrin Kusche

Pflanzen bestimmen

Wenn ein Verlag die 95. Auflage eines Buches herausbringt, dann darf von einem „Klassiker“ gesprochen werden. Aber auch Klassiker müssen die Zeichen der Zeit sehen und auf neue Bedürfnisse reagieren. Während der Ulmer-Verlag mit einer App fürs iPhone zur Pflanzenbestimmung auf sich aufmerksam macht, setzt der Quelle & Meyer Verlag auf Bewährtes: Seit 108 Jahren findet das wohl erfolgreichste Bestimmungsbuch seiner Art auch über Deutschlands Grenzen hinaus Beachtung.

Die neue Auflage wurde nun so erweitert, dass das Buch auch zur Bestimmung aller wildwachsenden und häufig kultivierten Gefäßpflanzen in Österreich, Liechtenstein, der Schweiz und in Südtirol eingesetzt werden kann.

„Die Flora Deutschlands und der angrenzenden Länder“ von Schmeil / Fitschen, herausgegeben und bearbeitet von Siegmund Seybold, berücksichtigt zudem in der aktuellen Auflage neue Erkenntnisse der natürlichen Verwandtschaften.

Eine Anleitung zum Gebrauch der Bestimmungstabellen sowie viele Zusatzinformationen, unter anderem zu Aufbau, Verbreitung und Nomenklatur der Pflanzen, aber auch zur Häufigkeit



und Verbreitung erleichtern Botanikern die übersichtliche Bestimmung.

Für Einsteiger ist der „Grundkurs Pflanzenbestimmung“ von Rita Lüder empfehlenswert. Die 5. Auflage glänzt nicht nur mit 100 neu aufgenommenen Arten, sondern auch durch eine Vielzahl von brillanten Farbbildungen.

Über eine allgemeine Einführung in die Pflanzensystematik sowie den Grundbauplan der Pflanzen, kann sich der Benutzer im Bestimmungsteil schrittweise den vereinfachten Schlüssel erarbeiten. Dieser entspricht der Methodik des „Schmeil/Fitschen“ (s.o.). Das Bestimmungsergebnis kann mit über 3.200 Farb- und Detailfotos sowie Zeichnungen überprüft werden. Die zusätzlichen 1.200 farbigen Blattabbildungen geben dabei noch mehr Sicherheit.

Weitere Hinweise zur Verwendung der Pflanze und deren Besonderheit stehen unmittelbar bei der Art und vermitteln dem Benutzer die Faszination der heimischen Flora.

Schmeil-Fitschen / hg. von Siegmund Seybold: „Die Flora Deutschlands und der angrenzenden Länder. Ein Buch zum Bestimmen aller wildwachsenden und häufig kultivierten Gefäßpflanzen“, 919 Seiten, Quelle & Meyer Verlag, Preis: 32,95 Euro

Rita Lüder: „Grundkurs Pflanzenbestimmung“, 541 Seiten, Quelle & Meyer Verlag, Preis: 19,95 Euro

// Katrin Kusche

Nachhaltigkeitsmanagement in Frankreich

Nach und nach sollen in Frankreich die Wegwerftüten bis Ende 2011 verschwinden, ein Zeichen für das Nachhaltigkeitsmanagement des Handels. „Eine große Arbeit ist geschafft“, sagte Chantal Jonanno, die für die Umwelt zuständige Staatssekretärin. Aber es gibt noch Probleme in anderen Bereichen, zum Beispiel bei der Berechnung und Deklaration des CO₂-Verbrauchs bei Massenkonsumgütern – ab 2011 verpflichtend.

Die traditionelle Plastiktüte, die an den Kassen verteilt wurde, ist dabei zu verschwinden. Im Jahre 2002 waren es allein in Frankreich noch 10,5

Milliarden pro Jahr – ihre Zahl ist heute auf 1,5 Milliarden gesunken. Die meisten Einzelhandelsketten haben sich verpflichtet, bis Ende 2011 keine mehr anzubieten. Die Supermärkte engagieren sich außerdem immer mehr, Produkte besonders Reinigungs- und Putzmittel mit Umweltgütesiegel anzubieten. Darüber hinaus gibt es keine Pappschachteln mehr für Zahnpasta oder Joghurtbecher. Tausende Tonne Papier und Plastik werden so eingespart.

// Quelle: Séverine Cazes, „Aujourd'hui en France“,
Übersetzung: Elisabeth Wiemers

Kampagne „Atomausstieg selber machen“ veröffentlicht aktuelle Stromwechslerszahlen

Wie die kürzlich ermittelten Zahlen zeigen, erkennen immer mehr Menschen die Dringlichkeit der Energiewende. Rund 150 000 Menschen haben sich nach dem Super-GAU des Atomkraftwerks Fukushima für umweltfreundlichen Ökostrom entschieden – allein die Hälfte davon für den Anbieter Naturstrom.

Die aktuellen Kundenzahlen der einzelnen Ökostromversorger:

EWS	117 000
GPE	104 000
Lichtblick	530 000
Naturstrom	180 000

Das ergibt insgesamt 931 000 Kunden, die mit Ökostrom der von der Kampagne empfohlenen Stromanbieter versorgt werden. Damit setzen die Verbraucher Zeichen gegen Atomstrom und Konzerne wie E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW, die für gefährliche Atomkraftwerke, Uranabbau und noch mehr Atommüll verantwortlich sind. Die Kampagne „Atomausstieg selber machen“ wird von 23 Umweltverbänden, darunter auch die GRÜNE LIGA e.V., getragen.

// Rieke Lanser

Zum 10-jährigen Bestehen des Naturschutzstation Zippendorf e.V. wurde ein Banner entworfen, auf dem alle Mitglieder ihren Handabdruck hinterlassen können.



Die GRÜNE LIGA e.V. gratuliert ihrem Mitglied zum 10. Geburtstag.

Foto: Fabian Venohr

Termine

Naturschutz-Praktikum bei der GRÜNEN LIGA Osterzgebirge

20. - 26. August 2011

Geeignet für Studentinnen und Studenten der Fachrichtung Landschaftspflege, Naturschutz, Biologie, Forstwirtschaft, Geografie.

Vier Tage praktische, teilweise körperlich anstrengende Arbeit, zwei Tage Exkursionen.

Weitere Informationen unter www.grueneliga-osterzgebirge.de

Permakultur-Einführungskurs:

Nachhaltig Leben – (wie) geht das?

09. - 11. September 2011, ab 18 Uhr

Umweltbildungshaus Johannishöhe Tharandt (bei Dresden)

Weitere Informationen unter www.johannishoehe.de

Bundessprecherrat GRÜNE LIGA e.V.

23. September 2011, ab 14 Uhr

Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin

Halbjahrestreffen GRÜNE LIGA e.V.

23. - 24. September 2011

Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin
Programm, siehe Seite 4

10. Pflanzenöltagung der GRÜNEN LIGA

13. - 14. Oktober 2011, 9 bis 16.30 Uhr

Tagungsort: Aula – LfULG, Söbrigener Str. 3a, 01326 Dresden-Pillnitz

Fachtagung für Experten und Akteure zum Austausch von Erfahrungen und Forschungsergebnissen über die Möglichkeiten des Pflanzenöls als umweltfreundlicher und einheimischer Energieträger.

Weitere Informationen per Mail [pflanzenoel@grueneliga.de]

Bundesverband

GRÜNE LIGA e.V.

Bundesgeschäftsstelle (BGSt)
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
: 030/2044745
: 030/2044468
: bundesverband@grueneliga.de
oeffentlichkeitsarbeit@.....
material@grueneliga.de
alligator@grueneliga.de

Bundeskontaktstellen/ Facharbeitskreise:

BKSt. Agro-Gentechnik
Torsten Kohl
c/o GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
01067 Dresden
: 0351/49 43 353 : -400
: dresden@grueneliga.de

BKSt. Gesteinsabbau
Uli Wieland
Lutherstraße 63, 07743 Jena
: 01522/1960531
: gesteinsabbau@grueneliga.de

BKSt. Internationale Arbeit
Annette Baumann
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin
: 030/443391-70 : -75
: gl.internat@grueneliga.de

BKSt. Luftverkehr
Frank Welskop
c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.

BKSt. Nach. Reg. Entwicklung
Tomas Brückmann
c/o ÖKOLÖWE (s.u. Sachsen)
: Tomas.Brueckmann@grueneliga.de

BKSt. Pflanzenöl
Michel Matke
c/o INOEL Pflanzenöltechnik
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
: 0341/30654 20
: 0341/30654-21
: pflanzenoel@grueneliga.de

BKSt. Verkehr u. Siedlungsentwickl.
Fritjof Mothes
Hinrichsenstraße 3
04105 Leipzig
: 0341/2111800
: verkehr@grueneliga.de

BKSt. Wasser
Michael Bender
c/o BGSt.
: wasser@grueneliga.de
: 030/40 39 35 30

BKSt. Umweltbibliotheken
Katrin Kusche, c/o BGSt.

Facharbeitskreis Landwirtschaft
heute & morgen, Jens Heinze
c/o Umweltbildungshaus
Johannishöhe
: jens@johannishoehe.de

Facharbeitskreis Ökologischer
Landbau und Tourismus
Matthias Baerens, s. u. ECEAT
: baerens@baerfuss.de

Weitere Mitgliedsgruppen:

BI Kein Giftmüll nach Nessa
Uwe Claus
: kein-giftmuell-in-nessa@arcor.de

Bundesverband Pflanzenöle e.V.
Quenteler Straße 10
34320 Söhrwald
: 05608/35 24
: info@bv-pflanzenoele.de

ECEAT Deutschland e.V.
Möwenburgstraße 33
19006 Schwerin

GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
01067 Dresden
: 0351/49 43 353 : -400
: dresden@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Osterzgebirge e.V.
Große Wassergasse 19
01744 Dippoldiswalde
: 03504/618585
: osterzgebirge@grueneliga.de

Naturschutzstation Zippendorf e.V.
Am Strand 9, 19063 Schwerin
: 0385/2013052 : -2075571
: Naturschutzstation.Zippendorf@t-online.de

Netzwerk der Initiativgruppen
Gesteinsabbau e.V.
Uli Wieland
Lutherstraße 63, 07743 Jena
: 01522/1960531
: gesteinsabbau@grueneliga.de

Umweltbildungshaus
Johannishöhe, 01737 Tharandt
: 035203/3 71 81
: 035203/3 79 36
: info@johannishoehe.de

Regionalverbände

GRÜNE LIGA Berlin e.V.

Landesgeschäftsstelle
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
: 030/443391-0 (Zentrale)
: 030/443391-33
: berlin@grueneliga.de

Grünes Haus für Hellersdorf
Boitzenburger Straße 52 - 54
12619 Berlin
: 030/56499892
: 030/56499950
: gruenes.haus@alice.de

ALLIGATOR, c/o GRÜNE LIGA e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
PVSt, Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“ A14 600

Bezirksgruppe Weißensee/
BAUM, c/o Petra König,
Aubertstraße 37, 13127 Berlin
: 030/9253070
: 030/96793079
: koenig.petra@berlin.de

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Potsdam
Haus der Natur, Lindenstraße 34
14467 Potsdam
: 0331/20 155 20 : -22
: potsdam@grueneliga.de

Umweltgruppe Cottbus
Straße der Jugend 94
03046 Cottbus
: 0355/4837815
: umweltgruppe@web.de
www.lausitzer-braunkohle.de

GRÜNE LIGA Meckl.-Vorp.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Schwerin
Postfach 010243
19002 Schwerin
: mecklenburg-vorpommern@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen e.V.

Landesgeschäftsstelle
Schützengasse 18
01067 Dresden
: 0351/49 43 350 : -450
: sachsen@grueneliga.de

Regionalbüro Chemnitz
Henriettenstraße 5
09112 Chemnitz
: 0371/304470
: chemnitz@grueneliga.de

Regionalbüro Leipzig
Ökolöwe-Umweltbund Leipzig e.V.
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
: 0341/3 06 51 85 : -79
: info@oekoloewe.de

Regionalbüro Oberlausitz
Czornebohstraße 82 -
Sternwarte, 02625 Bautzen
: 03591/605860
: 03591/607050
: oberlausitz@grueneliga.de

GRÜNE WELLE Umweltverein e.V.
Straße der Einheit 18
04769 Naundorf
: 03435/920089
: 03435/931751
: gruene.welle@grueneliga.de
oder: vs.gruene.welle.Umwelt@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Hirschstein e.V.
Neuhirschsteiner Straße 25
01594 Hirschstein
: hirschstein@grueneliga.de

Büro IG Stadtökologie Zwickau
Stiftsstraße 11, 08056 Zwickau
: ig.stadtoekologie@arcor.de

Initiativgruppe Grüne Aktion
Westerzgebirge e.V.
PSF 1239, 08306 Eibenstock
: 037752/55952

GRÜNE LIGA Thüringen e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Weimar
Goetheplatz 9b, 99423 Weimar
: 03643/4 92 796
: 03643/49 27 97
: thuringen@grueneliga.de

Büro Arnstadt
IG Stadtökologie Arnstadt e.V.
Ritterstraße 14
99310 Arnstadt
: 03628/640723
: 03628/746283
: arnstadt@grueneliga.de

Regionalbüro Eichsfeld
Kastanienhof, 37318 Marth
: 036081/6 06 15 : -18
: region.eichsfeld@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen - FÖJ e.V.
Chemnitzer Straße 80
09599 Freiberg
: 03731/797292
: 03731/797292
: info@gruene-liga.de

Evangelisches Einkehrhaus Bischofrod
Hauptstraße 3
98553 Bischofrod
: 036873/20474
: 036873/ 20048

**Mehr unter:
www.grueneliga.de**